



Das Grauen, das die beiden Atombomben im August 1945 über die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki brachten, ist unzählige Male ausführlich beschrieben worden. Die Menschheit weiß sehr genau davon: vom Wahnsinn der Explosionen, die innerhalb von Sekunden in einem nie gesehenen hellen Blitz und mit einer nie bekannten Druckwelle Zehntausende Menschen auf einen Schlag dahinrafften; von den unsäglichen Qualen der weiteren Tausenden, die in den ersten Stunden nach den Explosionen an ihren unstillbaren Brandwunden starben und auch an unstillbarem Durst; vom nicht enden wollenden Leid der nochmal Zehntausenden, die die ersten Tage und Wochen überlebt hatten und dann der Strahlenkrankheit zum Opfer fielen.

Und auch weiß die Menschheit, dass diese beiden Atombomben eine Kriegswaffe waren, eingesetzt von den USA mit einem doppelten Ziel: zum einen, um den Aggressor Japan, der am 7. Dezember 1941 mit dem Luftschlag auf den Pazifikstützpunkt Pearl Harbor den Krieg gegen die USA begonnen hatte, endgültig in die Knie zu zwingen; und zum anderen, um der Welt zu zeigen, dass man über eine Waffe verfügte, die – weil die anderen sie nicht hatten – fortduernde globale Überlegenheit,

# Krieg dem Kriege!

## ZUM 79. JAHRESTAG DER ATOMBOMBENABWÜRFE DER USA AM 6. UND 9. AUGUST 1945 AUF DIE JAPANISCHEN STÄDTE HIROSHIMA UND NAGASAKI

also: Weltherrschaft garantieren würde. Bertolt Brecht, von den Faschisten aus Deutschland vertriebener Dichter und weitsichtiger, auch an Marx geschulter Weltbeobachter, notiert im US-amerikanischen Exil am 10. September 1945 hellsichtig: „dieser superfurz übertönt alle siegesglocken.“<sup>1</sup> Und tatsächlich: Er übertönt sie bis heute, ganz gleich, welchem „Sieg“ sie gewidmet wären. Auch andere Länder entwickelten ihre Bombe, machten sie zum Bestandteil dessen, was sie als „Stärke“ verstehen, und halten sie parat, um sie einzusetzen als ständige Drohung, und alle internationalen Vereinbarungen, die es bisher zu ihrer Kontrolle gab, können jederzeit und blitzschnell zu blanker Makulatur werden, wenn aus der Drohung Handeln wird.

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden“ – so mahnt Brecht im November 1952, diesmal in Deutschland, in der DDR, zum in Wien stattfindenden Kongress der Völker für den

Frieden – „ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben.“ Am 79. Jahrestag der Atombombenabwürfe ist die Atomkriegsgefahr so groß wie selten zuvor. Die Kriege, unter denen überall in der Welt die Menschen leiden, und die Androhung noch weiterer solcher Kriege tragen in jeder Minute die Gefahr ihrer atomaren Eskalation in sich. Und „das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden“? Ungeheure Propagandaapparate sind aufgefahren, damit aus diesem Menschheitsgedächtnis keine Menschheits-Friedensbewegung werde.

Umso entschiedener muss das Gedanken an den 6. und 9. August 1945 in ein lautes „Krieg dem Kriege“ münden.

**Wolfram Adolphi/15.06.2024**

<sup>1</sup> Bertolt Brecht, *Schriften 3* (Bd. 23 der Großen kommentierten Berliner und Frankfurter Ausgabe), Berlin und Weimar, Frankfurt a. M. 1973, S. 754

### MAHNUNG

O, wann begreifst du Mensch um was es geht, schon dröhnt aus den Kanonen der Donnerschlag des Schreckens. Wach auf, die NATO steht!  
In Ketten, die trüben den freien Blick –  
auch dein Kind braucht des Friedens Licht.  
**Wie eine Front, so stark muss deine Kraft sich gegen Krieg erheben!**  
Willst du ERNEUT erleben, dass Blut die Erde tränkt? Hört auf die Stimme,  
die euch mahnt und kämpft mit uns für einen Friedensstaat.

**Georg Brozek, TIG Hellersdorf**

# Atomwaffengegner im Gefängnis

Liebe Atomwaffengegner\*innen,  
liebe Freund\*innen,  
liebe Unterstützer\*innen,

zur Zeit sitzen zwei Frauen, die Amerikanerin Susan Crane (80 Jahre) und die Niederländerin Susan van der Hijden in der JVA Rohrbach für 229 bzw. 110 Tage ein. Sie begreifen ihren Schritt dorthin als Fortsetzung ihrer ZU-Proteste mit GO Ins in Büchel, zu denen sie zu entsprechenden Tagessätzen verurteilt wurden. Es wäre schön, wenn sie von außen viele verschiedene Briefe und Postkarten bekommen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wichtig das ist. Wer ihnen einen Gruß schreiben will, hier die Adresse: Susan Crane oder Susan van der Hijden, JVA Rohrbach Peter-Caesar-Allee 1 55597 Wöllstein...

Am 25. und 27.6. finden jeweils Berufungsprozesse vor dem Landgericht Koblenz zur Zu-Aktion am 8. Mai 2023 statt. Zur

Aktion habe ich schon mehrmals informiert. Ria Makein bzw. Miriam Krämer werden erneut ihre Argumente zu ihren ZU-Protesten den Gerichten darlegen. Bisher reagieren die Gerichte wie in den über 100 Prozessen davor mit Ablehnung und scheuen sich, überhaupt mit der Völkerrechtswidrigkeit der atomaren Teilhabe auseinander zu setzen. Das wollen wir ändern. Angesichts der zunehmenden Gefahr für einen 3. Weltkrieg mit möglicher atomarer Anwendung braucht unsere Regierung ein juristisches Korrektiv, um von der drohenden atomaren Aufrüstung abzulassen und sich der zivilgesellschaftlichen Alternative, nämlich dem Atomwaffenverbotsvertrag anzuschließen...

Ihr seid eingeladen, nicht nur sich an diesen öffentlichen Aktivitäten zu beteiligen, sondern diese Informationen in Eurem persönlichen sozialen Umfeld zu verbreiten.



Susan Crane und Anja Mewes

ten. Nur so können wir die „Message unserer ZU-Aktionen“ in die Öffentlichkeit tragen und damit den politischen Druck zur Umkehr der tödlichen atomaren Politik der Abschreckung erhöhen... Hervorragend wäre, wenn Ihr zu diesen Aktivitäten Eure Abgeordneten im Landtag und im Bundestag informiert und sie auffordert, die beiden Susans im Gefängnis zu besuchen... Es ist bitter nötig, den Druck auf Entscheidungsträger zu erneuern.

*Ernst-Ludwig Iskenius, IPPNW*

## Eskalationsspirale in der Ukraine stoppen! Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!



Mit der Erlaubnis für die Ukraine, jetzt auch mit NATO-Waffen russisches Territorium anzugreifen, dreht der Westen erheblich an der Eskalationsschraube. Auch mit deutschen Waffen darf jetzt wieder auf Russland geschossen werden.

Insbesondere die ukrainischen Angriffe auf Frühwarnanlagen der russischen Nuklearstreitkräfte sind unverantwortlich und eine dramatische Zusitzung des Krieges. Sie betreffen das zentrale Sicherheitsinteresse Russlands als Atommacht. Die russische Nukleardoktrin sieht – ähnlich wie die der USA – die Möglichkeit eines Atomschlags bei Beeinträchtigung ihrer Nuklearfähigkeiten auch durch konventionelle Waffen vor. Eine entsprechende militärische Antwort Russlands kann nicht

ausgeschlossen werden. Der Stellvertreterkrieg kann so leicht zum Dritten Weltkrieg werden.

Das massenhafte Sterben, die Zerstörung und der Ruin der Ukraine gehen unterdessen weiter. Der Verlauf des Krieges zeigt, dass eine Lösung des Konflikts auf dem Schlachtfeld nicht möglich ist. Die militärische Logik muss durch Verhandlungen durchbrochen werden.

Nähere Infos unter:  
<https://nie-wieder-krieg.org>

## \* \* \* AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES \* \* \*

### Sturm im Wasserglas!

In einer Reihe von persönlichen Gesprächen und Telefonaten mit unseren Mitgliedern ist zum Ausdruck gekommen, dass man sich Sorgen macht über die Zukunft unseres Vereins.

Liebe Vereinsmitglieder, Sorgen machen müssen wir uns alle über das, was in der Welt passiert. Denn das gefährdet die Existenz unseres Planeten, gefährdet das Leben unserer Kinder und Enkel und unseres Vereins.

In den letzten Wochen und Monaten hat sich der neu gewählte Vorstand verstärkt damit beschäftigt, den Prozess der personalen, organisatorischen als auch finanziellen Anpassung an die demografische

Entwicklung unseres Vereins, fortzuführen. Finanzielle Ausgaben stehen auf dem Prüfstand, Arbeitsaufgaben- und Organisation sowie pauschale Aufwandsentschädigungen werden angepasst.

Wenn wir uns in unseren Ausgaben bewusst verhalten und Finanzdisziplin einhalten, mit unseren Mitteln sparsam umgehen und dort, wo es möglich ist, bestimmte Belastungen selbst tragen, besteht keine Gefahr für ISOR, in finanzielle Nöte zu geraten.

Wir sind im OKV e.V. mit 5.600 Mitgliedern der größte Verein und haben gegenwärtig mehr als 1300 Mitglieder unter 75 Jahren. Das macht doch zuversichtlich!

Die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder ist für eine Fortsetzung unseres Kampfes für Rentengerechtigkeit, d. h. die Rentenungerechtigkeit und soziale Ausgrenzung unserer Mitstreiter immer wieder auf der politischen Ebene zu artikulieren.

Wichtig bleibt, auf die Bedürfnisse der Mitglieder einzugehen, Hilfe anzubieten bei der Bewältigung von Alltagsfragen und Problemen und vor allen Dingen das Gefühl zu vermitteln, eine politische Heimat unter Gleichgesinnten zu haben. Diese Erfordernisse müssen und können wir nur mit euch, vom Vorstand bis zur kleinsten TIG, realisieren. Lasst es uns angehen!

*Anja Mewes, Geschäftsführerin*

# Regionale Arbeitsberatungen der Thüringer TIGs am 13.06.24 und 19.06.24 zum Stand der Umsetzung der Führungskonzeption

Unter Federführung der großen TIGs in den ehemaligen Bezirken Suhl und Erfurt hatten der Landesbeauftragte und das Beiratsmitglied J. Gladitz die TIG-Vorsitzenden, Vorstände und Betreuer zur gemeinsamen Beratung eingeladen.

An der Beratung am 13.06.2024 in Suhl nahm unser Vorsitzender Achim Bonatz und in Mittelthüringen die Geschäftsführerin Anja Mewes teil.

Zu Beginn der jeweiligen Veranstaltungen berichtete der Landesbeauftragte H. Schuchardt über den Stand der Umsetzung der Führungskonzeption vom Juni 2022. In der Zeit nach unserer Vertreterversammlung und nach den letzten regionalen Arbeitsberatungen gab es auf den verschiedensten Ebenen bedingt durch Alter und Gesundheit Veränderungen in unserem Verein.

Achim Bonatz wurde als Vorsitzender vom Vorstand gewählt. Horst Parton und Prof. Horst Bischoff konnten aus gesundheitlichen Gründen nicht weitermachen. Der Vorstand ISOR e.V. wurde breiter aufgestellt und verjüngt.

Laut unserer Satzung ist der Vorsitzende von der Vertreterversammlung zu wählen, deswegen wird für den 18.09.2024 eine außerordentliche Vertreterversammlung einberufen.

Auch in den TIGs musste immer wieder auf alters- und gesundheitsbedingte Ausfälle reagiert werden. Neue Vorstandsmitglieder mussten kooperiert und Betreuer für unsere Mitglieder ersetzt werden. Die Suhler Genossen berichteten, wie sie sich im Vorstand mit diesem Thema beschäftigt haben, um mittelfristig gerüstet zu sein.

Alle Anwesenden waren sich einig, den Kampf gegen das Rentenunrecht weiter fortzuführen. Mit diesem Unrecht werden wir uns nicht abfinden, wir werden entsprechend unseren Möglichkeiten dagegenhalten und unsere Stimme erheben.

Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht bleibt weiter Kernstück unserer Arbeit und hat sich auf den politischen Bereich verlagert, wo wir alle sich uns bietenden Möglichkeiten nutzen. Für uns kommt es darauf an, vor der anstehenden Landtagswahl in Thüringen die zur Wahl stehenden Kandidaten mit unseren Forderungen zu konfrontieren. Breiten Raum in den Ausführungen und Diskussionen nahm der Friedenskampf ein. Anja Mewes formulierte es treffend mit den Worten „es ist fünf vor Krieg“, und wir sollten deshalb mit allen zusammenarbeiten, die für Frieden einstehen, unabhängig

welche Weltanschauung sie vertreten. ISOR wird auch weiterhin aktiv die Friedensbewegung unterstützen.

Diskutiert wurde auch die Haltung zur neu gegründeten Partei BSW. Mit ihren Themen ist sie eine echte Alternative zu den etablierten Parteien und für uns wählbar.

Anja Mewes als auch Achim Bonatz betonten in ihren Ausführungen, dass ISOR e.V. nach wie vor ein starker Verein ist. Die Mitgliederzahl hat sich zwar auf 5600 reduziert. Diesen Prozess werden wir nicht aufhalten. Die objektiven Bedingungen, wie Alter und Gesundheit, können wir nicht beeinflussen. Der Vorstand ISOR e.V. hat auf die geringeren Beitragseinnahmen reagiert und geeignete Sparmaßnahmen eingeleitet. Die finanzielle Absicherung ist gewährleistet. Sparmaßnahmen sind jedoch auf allen Ebenen notwendig. Die Mitgliedsbeiträge wollen wir nicht erhöhen. Über Spendenbeiträge muss man weiter nachdenken. Die Mittel für die Arbeit in den TIGs stehen weiterhin zur Verfügung und werden nicht gekürzt. Auch solche Hinweise vom TIG-Vorsitzenden Bernd Cudok – statt teurer Blumen eine Flasche Sekt für Jubilare – spart Geld und kommt gut an.

Zu Organisationsfragen wurde nochmals auf die Zuarbeit der TIGs für die Datenerfassung hingewiesen, sie sind wichtige Grundlage für unsere weitere Arbeit, auch für die Organisierung des Vereinslebens an der Basis.

Hervorgehoben wurde von den Teilnehmern der hohe Informationswert und das neue Layout unseres Mitteilungsblattes „ISOR Aktuell“. Es ist zu prüfen, ob die Versandkosten weiter reduziert werden können. Der Anteil der Online-Leser ist noch ausbaufähig.

In der weiteren regen Diskussion wurden Erfahrungen über die Gestaltung eines interessanten Vereinslebens ausgetauscht, wie Organisierung von Buchlesungen, gemeinsame offene Veranstaltung mit Partnern in der Region, gemeinsame Zusammenkünfte mit Ehepartnern, Garten- und Grillfeste, und wie wir unsere Mitglieder in sozialen Fragen unterstützen können. Auch die persönlichen Gespräche und Schilderung von Erlebnissen während und nach der Beratung zeugen von einem gewachsenen Zusammengehörigkeitsgefühl.

Rückblickend auf das 34-jährige Bestehen von ISOR e.V. können wir einschätzen, dass wir gemeinsam viel erreicht haben. Unsere Mitglieder haben, ob als Beiratsmitglieder, TIG-Vorsitzende, Vorstandsmitglieder, Kas-

sierer und Betreuer, durch ihre unermüdliche Arbeit unseren Verein geprägt.

In Würdigung ihrer geleisteten Arbeit, der Standhaftigkeit und Treue wurden verdienstvolle Mitglieder mit der Ehrennadel unseres Vereins ausgezeichnet. Die Auszeichnung ist Symbol der Anerkennung für geleistete Arbeit, aber auch für weitere Anstrengungen bei der Gestaltung unseres Vereinslebens.

## Einige Schlussfolgerungen aus den Regionalkonferenzen für die weitere Arbeit:

Die Regionalkonferenzen sind jährlich fortzuführen. Der Erfahrungsaustausch der TIGs auf der Basis der ehemaligen Bezirke hat sich bewährt, die Zusammenarbeit zwischen den TIGs ist zu vertiefen.

Wir unterstützen weiterhin den politischen Kampf um Rentengerechtigkeit und nutzen dazu die vorhandenen Möglichkeiten vor Ort, schätzen aber die Lage realistisch ein.

In Vorbereitung der Landtagswahlen suchen wir die Gespräche mit den zur Wahl stehenden Kandidaten und konfrontieren sie mit unseren Forderungen.

- Wie steht ihr zur Friedensbewegung?
- Wie wollt ihr den Sozialabbau stoppen und für Rentengerechtigkeit beitragen?
- Wie steht ihr zur Geschichte der DDR?
- Schluss mit den Sanktionsorgien, wie kann die Wirtschaft gestärkt werden?

Unterstützung der Friedensinitiativen und Aktivitäten entsprechend den Möglichkeiten.

Die Arbeit in den TIGs weiterhin auf breite Schultern verlagern, um bei Ausfällen die Lücken wieder schnell zu schließen.

Wir sind schon immer mit den finanziellen Mitteln sparsam umgegangen. Die sinkenden Mitgliederzahlen zwingen uns dazu, noch genauer abzuwägen, um Kosten zu sparen.

Das Zusammenwirken mit den Verbänden und Vereinen vor Ort nutzen wir auch weiterhin zur Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

Die Teilnehmer der Veranstaltungen waren sich einig, die Kontakte weiter untereinander zu vertiefen sowie alle Informationsmöglichkeiten zum gegenseitigen Austausch von Informationen zu nutzen.

Wir sind auch weiterhin ein starker Verein, ein Aufgeben gibt es für uns nicht.

*Hartmut Schuchardt,  
Landesbeauftragter Thüringen*



## Aufgeben im Kampf gegen Rentenunrecht ist keine Alternative

Diese Erkenntnis erlangten die Teilnehmer unserer Veranstaltung zum gemeinsamen Kampf der ISOR e.V. und des Vereins Runder Tisch Rentengerechtigkeit (RTR) gegen das Rentenunrecht betroffener DDR-Bürger mit dem Vorsitzenden des Vereins Dietmar Polster. Der Einladung des Vorstandes unserer TIG waren unsere Mitglieder, Mitglieder der TIGs der Kreise des ehemaligen Bezirkes Leipzig, Angehörige und Sympathisanten sowie Mitglieder der Regionalgruppen Leipzig des RotFuchs e. V. und des VTNVAGT gefolgt. Wir konnten auch den Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Seniorinnen und Senioren der Partei „Die Linke“, Dr. Volker Külöw begrüßen.

In seinen Ausführungen schilderte Dietmar Polster die historische Entwicklung der Bewegung Runder Tisch Rentengerechtigkeit seit den 90er Jahren mit einer Vielzahl herausragender Aktivitäten im Kampf gegen das Rentenunrecht gegenüber 500 000 DDR-Bürger, die mit der Überleitung der DDR-Renten in Bundesdeutsches Rentenrecht um ihre Rente betrogen wurden, insbesondere das Eintreten für gerechte Renten und damit die Anerkennung der Lebensleistungen der DDR Bürger. Ausgehend von den gewonnenen Erfahrungen und der Erhöhung der gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz war es erforderlich, eine neue Qualität der Organisation und inhaltlichen Ausrichtung durch die Gründung des Vereins RTR im Juni 2023 zu erreichen. Ausdruck dafür sind die aktuellen Maßnahmen in Vorbereitung der Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern in diesem Jahr und der Bundestagswahl 2025. Der Verein ist sich bewusst, dass es ohne beharrlichen und öffentlich geführten Kampf für das Rentenrecht zu keinen Veränderungen im Rentenrecht für die DDR Bürger kommen wird.

Die detaillierten Darlegungen und Erläuterungen zur Bildung, Entwicklung und Zielstellung des Vereins RTR vermittelten den Zuhörern zugleich eine Vorstellung, wie schwierig unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen die Durchsetzung von Rentengerechtigkeit ist.

Mit dem von der Bundesregierung aufgelegten Härtefallfonds, an dem sie nichts

verändern will, und den festgelegten Zugangskriterien würden die bestehenden Ungerechtigkeiten nicht beseitigt, sondern weiter fortgeschrieben. Deshalb lehnt der RTR genau wie ISOR e. V. diese Härtefallregelung als Ersatz für Rentengerechtigkeit ab. Dietmar verwies auf die Notwendigkeit der Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds, der die Lebensleistung aller benachteiligten Berufs- und Personengruppen der DDR erkennt, und formulierte als Ziel des RTR, die Verankerung einer solche Regelung im Koalitionsvertrag 2025 anzustreben. Dieser Gerechtigkeitsfonds soll die Anerkennung der Lebensleistung ostdeutscher Rentner durch eine Einmalzahlung von 10.000 bis 20.000 Euro pro Rentner ohne Vorbedingungen und Ausschlusskriterien erreichen. Mit dem Strategieprogramm 2023 bis 2026 hat der Verein RTR weitere, notwendigen Schritte zur Erreichung dieser Zielstellung festgelegt. Dazu gehören u.a. die Petition an den Deutschen Bundestag mit z. Zt. über 5000 Unterschriften, Schreiben an den Menschenrechtsausschuss der UNO, die Rentenkonferenz „Gerechte Rente für Alle“ am 29. Juni 2024 in Chemnitz, aber auch die unzähligen Aktivitäten in Vorbereitung der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen und der Bundestagswahl 2025. Um Erfolge zu erreichen, bedarf es der Öffentlichkeit und von Partnern, die die Beseitigung des Rentenunrechts unterstützen. Deshalb strebt der RTR den Schulterschluss mit den Gewerkschaften an und sucht beharrlich weiter Partner des Zusammenwirkens.

Dietmar Polster rief dazu auf, gemeinsam unseren massiven Protest gegen die unsoziale Politik der Regierung im nächsten Jahr auf die Straße zu tragen und deutlich zu machen, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine andere Politik fordert.

Dr. Volker Külöw bedankte sich für die Einladung zur Veranstaltung und unterstützte unseren und den Kampf des RTR für Rentengerechtigkeit. Er erläuterte die Zielstellung der Partei, dass „die Linke“ in Leipzig zur Stadtratswahl am 9. Juni erneut stärkste Fraktion wird, um in Leipzig die bisher erreichten Ergebnisse in der Kommunalpolitik weiter fortzusetzen und gute Vor-



aussetzungen für eine soziale und gerechte Politik in den nächsten fünf Jahren zu schaffen. Dazu gab er praktische Hinweise und verwies an Hand von Informationsmaterial auf Ergebnisse und Vorhaben linker Kommunal- und Sozialpolitik in Leipzig.

In der Diskussion fand die Arbeit des RTR eine hohe Anerkennung und es wurde zum Ausdruck gebracht, dass unsere übereinstimmenden Ziele und Interessen im Kampf gegen das Rentenunrecht gemeinsam fortgesetzt werden müssen. In der Diskussion gab es auch große Zustimmung zu den Aktivitäten des RTR und die Zusicherung, diese Aktivitäten entsprechend unseren Möglichkeiten zu unterstützen. In den Dankesworten an Dietmar Polster wurde sein hoher persönlicher Anteil an den Ergebnissen und dem Wirken des RTR gewürdigt und zum Ausdruck gebracht, dass der Kampf um Rentengerechtigkeit gemeinsam unter Einbeziehung aller Betroffener weitergeführt werden muss.

Die Teilnehmer wurden abschließend gebeten, bei den kommenden Wahlen zum Stadtrat Leipzig und den Landtagswahlen in Sachsen den Parteien und Kandidaten ihre Stimme zu geben, die sich für eine aktive Friedens- und gerechte Sozialpolitik einsetzen.

**Siegfried Lorenz**  
Stellv. Vorsitzender der TIG Leipzig

**Kriegsmüde – das ist das dümmste von allen Worten, die die Zeit hat. Kriegsmüde sein, das heißt müde sein des Mordes, müde des Raubes, müde der Lüge, müde der Dummheit, müde der Krankheit, müde des Schmutzes, müde des Chaos.**

**War man je zu all dem frisch und munter? ... Kriegsmüde hat man immer zu sein, das heißt nicht nachdem, sondern ehe man den Krieg beonnen hat. - Karl Kraus - (1874 - 1936), österreichischer Schriftsteller,**

Publizist, Satiriker, Lyriker, Aphoristiker und Dramatiker (Quelle: Kraus, Glossen bis 1924. Unsere Pallas Athene!)

Am 06.06.2024 hat die Redaktion einen handschriftlichen Brief von einem fast 90-jährigen Mitstreiter, Hans Lüdtke, erhalten. Er schreibt, wie er sich seit Jahren um den Ehrenfriedhof der gefallenen Sowjetsoldaten kümmert, wie er in seinem betagten Alter noch immer das Weltgeschehen mit der Einstellung ansieht, die er hatte, als er in den Dienst beim MdI eintrat. Auch wenn er kein Mitglied bei ISOR ist, so verfolgt er seit Jahren über unser Mitteilungsblatt ISOR-aktuell das Geschehen in unserem Verband. Das unterstreicht einmal mehr, wie wichtig die Kommunikation auch über unser Mitteilungsblatt für Mitglieder und Interessierte ist und bleibt. *Redaktion*

\* \* \*

Seit längerer Zeit beschäftigen mich Fragen zur Wirksamkeit des Kampfes von ISOR e.V. Fraglos dürfen wir den Kampf gegen das politisch motivierte Rentenstrafrecht und wider der Wertneutralität des Rentenrechts praktizierte Handhabung nicht aus dem Auge verlieren. Aber die parteipolitischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland lassen auch in absehbarer Zukunft jede Hoffnung auf eine Veränderung der unerträglichen Situation bei mir schwinden.

Daran wird auch das jüngst von der Regierung unterzeichnete Fakultativprotokoll der Vereinten Nationen nichts ändern. Die Machthaber werden weiterhin die ehemaligen Mitarbeiter des MfS, hauptamtliche IM, ehemalige Minister, hohe Funktionäre der SED und Generäle der NVA und des MdI mit der sozialen Keule „belohnen“.

Nach meiner Auffassung sollten wir den Schwerpunkt unseres Kampfes auf ein anderes Problem ausrichten, nämlich gegen die gesellschaftliche und politische Ausgrenzung und Ächtung der Betroffenen. Diese Praxis wiegt genauso schwer wie die willkürliche Rentenkürzung. Niemand von uns strebt den Posten eines Ministers, eines Bundestags- oder Landtagsabgeordneten bzw. Oberbürgermeisters an. Aber selbst im kleinsten Dorf darf ein Ehemaliger nicht als Gemeindevertreter gewählt werden. Welch ein Kontrast zu Joachim Gauck, der als Begünstigter der Staatsicherheit – so ein Urteil eines Hamburger Gerichts – fünf Jahre das höchste politische Amt in der Bundesrepublik ausüben durfte!

In allen anderen ehemaligen sozialistischen Ländern – außer Polen – ist man mit den ehemaligen Angehörigen der Staatssicherheitsorgane anders umgegangen. Nach einer Abstinenz von fünf Jahren wurden sie, wenn sie wollten, wieder in das gesellschaftliche und politische Leben integriert. Einfach eine menschliche Lösung. Ich bin auf die Meinung des Vorstandes von ISOR und den Mitgliedern zu meinen Gedanken gespannt.  
*Dieter Karl Dethloff, TIG Schwerin*

„Liebe Leser, leider können wir nicht alle Zuschriften in unserer Zeitschrift unterbringen. Weitere veröffentlichen wir auf: [www.isor-sozialverein.de](http://www.isor-sozialverein.de) unter der Rubrik: Leserbriefe.“

#### TIG QUEDLINBURG: «JA» ZUR ISOR E.V.

Unser Beitrag dient in erster Linie dazu, ihn als Information in die Debatten-Streitkultur der Mitglieder und Freunde der ISOR hinein zu transferieren. Wir machen damit unseren Standpunkt in der ISOR aktuell öffentlich.

Das ist auch zwingend erforderlich, denn Landesvorsitzender Hans Schwart hat von der Beratung des Vorstandes am 15.05.24 Fragen mitgebracht. Die ziehen sich wie ein roter Faden durch die Mitteilungsblätter 05/24 und 06/24. Der Schreck sitzt noch tief, weil sie elementare Fragen über Sein oder Nichtsein der ISOR betreffen. Schönreden nutzt ja keinem was, wenn es darum geht, sich festzulegen, wie es mit ISOR weitergeht. Was können wir vor Ort tun? Wollen wir ein Traditionsverein werden? Ihn womöglich auflösen? Oder setzen wir uns weiter für die Satzungsziele ein, wenn sie denn am 18. September in Berlin mit dem neuen Vorstand so bestätigt werden.

Unsere Antwort ist eindeutig. Eine Handvoll Harzer steht in den Startlöchern und brilliert Hasardeuren zum Trotz mit Geschlossenheit. Das ist die Zauberformel für die Existenz unserer politischen Heimat. Geschrumpft durch die Widrigkeiten des Alterns mit Krankheit und Tod, behaupten wir uns gegen die Willkür einer neuen Politkaste. Und ja, ohne Lobby, jeden Tag konsequent die Spielarten sozialer Ausgrenzung anprangernd. Die Auflösung der bewaffneten Organe der DDR ist Jahrzehnte her. Wir existieren in Echtzeit und der Tatsache geschuldet, dass die Quedlinburger TIG im Landkreis Harz in einem Spannungsfeld lebt, angeheizt durch einflussreiche Kräfte. Die vergangene Wahl zu den Stadt- und Kreistagen zeigt einen schwindelerregenden Zuwachs solcher Akteure. Sie halten ihre Gesinnung nicht zurück. An dem Akt Brücken zu schlagen haben sie kein Interesse. In Quedlinburg wählten 31,4 % die CDU. Zweitstärkste Kraft wurde die AFD mit 27 %. Die Linke 10,1 %. In der Kreisstadt Halberstadt erreichte die CDU einen Zuspruch von 30,51 %, die AFD 30,11 % und die Partei Die Linke 8,36%. Sozialabbau, Aufrüstung, Krieg und «Russenhass» bleiben ein aktuelles Thema. Den Menschen redet man gebetsmüllenhartig ein, dass der Koffer des Lebens keine 4 Rollen hat. Jeder trägt sein Päckchen selber. Die Ampel diktiert dem «Volk» eine Reiseroute. Welche makabre Aussage. Unsere ist das nicht, denn die Tür zuzuschlagen ist mit uns nicht drin. Und ein zahnloser Riese sind wir lange nicht.

Der Autor P. Eichler hat das in seinem Artikel in der Juni-Ausgabe ISOR aktuell treffend formuliert. Wir erkennen darin ein wegweisendes Signal. In dem Wissen, dass ein Bekenntnis der Worte nichts wert ist, wenn keine Taten folgen, haben wir uns neu eingeschworen. Zusammenstehen ist der Hauptgedanke. Das bis zum Ableben und darüber hinaus, unserer Kinder und Enkel wegen.

Auf diesen einheitlich gelebten Gedanken rekrutiert sich eine unermessliche Portion Selbstvertrauen. Es schließt die Tatsache ein, dass die Mitgliederstärke auf eine überblickbare Schar geschrumpft ist. Im Herzen vom Willen geleitet,

die Gemeinschaft am Leben zu erhalten, bleibt vorrangiges Ziel. Der letzte Mittwoch im Monat ist eine feste Bank in den Köpfen und im Kalender für ein persönliches Zusammentreffen. Wer gesundheitlich oder anderweitig nicht verhindert ist, nutzt diese Zeit, um sich einzubringen. Gäste haben per Einladung Zutritt. Klar, die Interessenlagen sind vielgestaltig. Das Motto, Zufälle sind erlaubt. Es hat sich als sinnvoll erwiesen, Schwerpunkten im Vorfeld namentliches Augenmerk zu widmen. Die Konzentration gilt den Hilfsbedürftigen. Zweck ist, ihnen bedarfsgerecht unter die Arme zu greifen. Sie haben eine individuelle Betreuung verdient, einschließlich der Gespräche und Dienste, die weit über die Vereinsarbeit hinaus reichen. In diesem Sinne hatten wir beim Vorstand den Antrag gestellt, langjährig verantwortungsvolle, einsatzbereite Mitglieder zu würdigen. Die Mitteilung in der ISOR aktuell Nr. 06/24 zur Ernennung von Heinz Tischner und Dr. Ludwig Einicke zu Ehrenmitgliedern erfüllt uns daher mit Stolz. Es ist der Moment, der unvergessen macht, die Lebenszeit ist kostbar. Die Gefahr, im Strudel der Geschichte bedeutungslos unterzugehen, zeigt sich vehement. Wir sind sicher, die außerordentliche Vertreterversammlung am 18. September ist ein Signal, um dem entgegenzutreten. Es ist an der Zeit, Spekulationen zum Thema der Insolvenz und wirtschaftlichen Instabilität auszuräumen. Auf der Vertreterkonferenz am 15. Juni 2022 wurde immerhin eingeschätzt, dass die finanzielle Lage der ISOR auch im 31. Jahr des Bestehens auf längere Sicht gesichert ist. Weshalb dann diese Art Stimmungsmache? Die Konzentration muss sich vielmehr drauf ausrichten, dass sich der Kampf um Rentengerechtigkeit völlig neu gestellt hat. Eine zwingende aktuelle Positionierung ist daher erforderlich. Unsere TIG sagt: Niemals aufgeben. Kein Hinhalten mehr mit juristisch, bürokratischen Floskeln zulassen. Die Aussage des Vorstandes in der ISOR aktuell 06/24 ... «Geduld ist also weiter angesagt», bedarf einer dringenden Korrektur. Die Aufforderung, gründlicher zu recherchieren springt uns förmlich an. Wer unserem Anliegen aus Überzeugung eine Stimme und damit Zukunftschancen geben kann, dem müssen wir uns zuwenden. Wenn das der bisherige Verbündete, die Partei Die Linke, nicht kann oder aus dem internen Streitgebaren heraus nicht will, tut es jemand anders. Abstieg oder Aufbruch, ist das Motto der BSW. Eine Alternative für ISOR, denn ohne politische Ära bewirken wir nichts. Es wird Zeit, sich anzupassen. In erster Linie über noch bestehende persönliche Kontakte in die Ebenen hinein, die für uns als Fürsprecher öffentlich etwas bewirken können. Praktisch in einer Art Brückenfunktion, also Akteuren für gemeinsame Interessenlagen. Fakt ist, die nächsten zwanzig Jahre erleben die meistens von uns nicht mehr. Deshalb sollte jeder Gedanke zum „Wie“, „Wo“, was kostet das, schnellstens auf den Tisch und hinsichtlich seiner Belastbarkeit geprüft werden. Wir jedenfalls würden das Plus an Rentenzuwachs gern vorher ausgeben.

*R. Lehmann*

# Glückwunschschreiben an den Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Sören Pellmann

**ZU SEINEM BEACHTLICHEN WAHLERGEWINN IN LEIPZIG**

Lieber Sören,

ganz persönlich und im Namen von ISOR gratuliere ich dir zu dem herausragenden Wahlergebnis in Leipzig.

CDU 18,9, Linke 17,5, AfD 17,0, Grüne 15,0, SPD 12,1, BSW 9,6, Sonstige 9,9 konnte nur erreicht werden, weil große Teile der Leipziger die Leistungen der Partei in den letzten 5 Jahren anerkennen, sich hinsichtlich der Kommunal- und Sozialpolitik gut aufgehoben fühlen, indem sie die Kompetenz der Linken anerkennen, und indem die Partei durch einen fleißigen, sehr engagierten Wahlkampf für ihr politisches Gewicht im Parlament gekämpft hat, an dem die Stadträte der Partei, insbesondere du als ihr Fraktionsvorsitzender Sören Pellmann großen Anteil haben.

Das Ergebnis der Linken ist aus meiner Sicht in Sachsen einmalig und konnte in den anderen Landkreisen nicht annähernd erreicht werden. Sicherlich hat das gute Abschneiden des BSW mit fast 10 % den erneuten Spitzenplatz der Linken verhindert. **Es ist zu hoffen, dass die Linke und BSW zu gemeinsamem Handeln bei der Entwicklung der Kommunal- und Sozialpolitik in Leipzig finden.**

Wir Mitglieder von ISOR und insbesondere unsere Leipziger Genossinnen und Genossen stehen hinter euch und unterstützen euch weiter.

Ende Juni 2024 nehmen wir, Gerald Böhm und ich, in Chemnitz am Treffen des Runden Tisches Rentengerechtigkeit teil. Sofern Interesse besteht, informieren wir dich gern von Inhalt und Ergebnissen.

Ich werde am 13.6.24 mit den TIG-Vorsitzenden in Thüringen reden. Dort hatten wir über Jahre mit Jochen Traut und seiner Gruppe von den Linken im Landtag einen Gegenpart gegen die oft nicht verständliche Politik von Herrn Bodo Ramelow. Leider ist Jochen Traut inzwischen nicht mehr verfügbar und die Kontakte positionieren sich neu.

Insbesondere die Vorreiterrolle Ramelows in der Diskreditierung der Leistungen der DDR und seiner Bürger, des Manifestierens des politischen Kampfbegriffes des Kapitals „Unrechtsstaat DDR“ hat Herrn Ramelow rechts

Freunde und links Feinde verschafft, hat zur Distanzierung der Bevölkerung der DDR mit einer solchen linken Politik beigetragen.

**Die Themen Frieden, Dialog statt Waffen, Soziales statt Sozialabbau, keine Mangelwirtschaft für Extraprofite, Verhindern jeglicher Militarisierung Deutschlands stehen für uns an erster Stelle.**

Wie schon Einstein betonte, er wisse nicht, mit welchen Waffen im Dritten Weltkrieg gekämpft würde, jedoch wisse, er, im Vierten wird mit Stöcken und Steinen gekämpft, ist ein kommender atomarer Krieg zwingend zu verhindern. Wir, Deutschland ist dabei das Opfer. Der Gedanke Einsteins ist aktueller denn je.

Deutschland geht nicht erst in einem Dritten Weltkrieg unter, schon der Weg dahin ist der Untergang.

Bei einem solchen Szenario des Kriegsgeheuls der Ampel und von Teilen der Opposition „wir müssen Russland besiegen“ scheint der Rentenkampf obsolet. Russland als Atommacht ist nicht besiegbar.

Im Zusammenhang mit der großen Umverteilung der Mittel von den breiten Massen zu den wenigen Superreichen, von ganzen Staaten und Völkern zu einigen wenigen Personen, wie schon in der Zeit von 1933-1945 in die Taschen der wenigen Finanz- und Konzernherren (siehe Walter Ulbricht: Die Legende vom „deutschen Sozialismus“, Neuer Weg, 1945), ist und bleibt unser Rentenkampf ein sehr wichtiges Thema.

Das bewusste auch rentenrechtliche Beschneiden des ehemaligen politischen Gegners zeigt den Klassencharakter der Gesellschaft, zeigt die Vielfalt des Betruges an der für den Gewinn der Profiteure arbeitenden Bevölkerung, denen auch noch das Wichtigste, das Leben in einem Krieg (Pistorius: bis 2029) genommen werden soll.

Ich freue mich, dass du in dieser schweren politischen Zeit maßgeblich die linke Politik führst und wünsche dir dazu viel Erfolg und Kraft

Nochmals herzlichen Glückwunsch

**Joachim Bonatz  
Vorsitzender ISOR e. V.  
Vizepräsident des OKV e.V.**

## ERKLÄRUNG DES PRÄSIDIUMS DES OSTDEUTSCHEN KURATORIUMS VON VERBÄNDEN e. V.

Wir begrüßen die erneute Friedensinitiative des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin, aktuell vorgestellt in seiner Rede im russischen Außenministerium am 14.06.2024. Seine Friedensvorschläge basieren auf dem Votum der Bevölkerung der vier neuen Regionen sowie den mehrfachen Voten der Menschen auf der Krim. Sie gehen zudem von den Fakten auf dem Gefechtsfeld aus. Sie zeigen die Genese des Ukraine-Konflikts.

Diese Friedensinitiative basiert auf der Kontinuität des Friedenswillens Russlands, der bei Abschluss und versuchter Umsetzung von Minsk 2 sowie bei der Verhandlungsbereitschaft und dem deshalb vor Abschluss stehenden Vertrag im Frühjahr 2022 offen der Welt dokumentiert wurde. Antworten von den verschiedenen Seiten offenbaren der Welt, wer der Aggressor ist, wer stetig eskaliert, wem unzählige Menschenleben gleichgültig sind und auch welche Absichten dahinterstehen.

Angesichts des Leids aus Krieg und Aggression und angesichts der Gefahr einer gewaltigen Ausweitung dieses Konfliktes hin zu einem Dritten Weltkrieg ist die breite Unterstützung dieser Initiative Ausdruck des Überlebenswillens aller Vernunftbegabten.

Die kriegslüsternen profit- und revanchegetriebenen Rufe, Russland besiegen zu müssen, gehen von der irrgen Annahme aus, den Kriegsschauplatz begrenzen zu können. Das war beim Ersten und auch beim Zweiten Weltkrieg nicht der Fall. Bei den heutigen Mitteln, die in kürzester Zeit jedes Ziel in der Welt erreichen, zeugt auch eine solche Annahme von gewaltiger Fehleinschätzung und Verkennung der Realitäten. Die Rufer für einen Krieg und gegen Verhandlungen meinen, möglicherweise selbst sichere Überlebenschancen zu haben. Unser Beitrag ist es, die Friedensinitiative des russischen Präsidenten so zu unterstützen, dass sie einen breiten Widerhall erlangt und beiträgt, der Vernunft im Interesse der Menschheit zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu rufen wir alle auf, die wir erreichen können.

Dieser Gedanke war Grundlage unserer Konferenz „Dialog statt Waffen“ im März 2023. Dieser Gedanke war auch Grundlage der internationalen Konferenz des Deutschen Friedensrates e. V. und des OKV e. V. mit Beteiligung von Vertretern europäischer Mitglieder des Weltfriedensrates im September 2023, die wir aktiv unterstützten.

Egal welches Parteibuch, welchen Glauben, welche Nationalität ein jeder besitzt, wir rufen dazu auf, die Friedensinitiative von W. Putin gemeinsam mit uns zu unterstützen. Berlin, 15.06.2024

## Friedenskonferenz ohne Russland: Vertreter bei den Vereinten Nationen enthüllt, worum es wirklich geht

### UN-BOTSCHAFTER NEBENZIA SIEHT KONFERENZ ALS VERSUCH, RUSSLAND ZU ISOLIEREN UND ZU ERPRESSEN.

In einem Interview mit Sputnik äußerte sich Russlands ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebenzia, zur bevorstehenden Konferenz zur Ukraine in der Schweiz. Seine Einschätzungen werfen ein kritisches Licht auf die Absichten und die Durchführung der Veranstaltung.

#### Ein Ultimatum in Form von Selenskyjs Friedensplan

Nebenzia betonte, dass das Hauptziel der bevorstehenden Konferenz darin bestehe, Russland ein Ultimatum in Form von Selenskyjs "Friedensplan" zu präsentieren. Laut Nebenzia fordere der gesamte Westen die Länder des globalen Südens auf, dieses vorab vereinbarte Ultimatum an Russland abzusegnen. Diese Strategie, so Nebenzia, sei durchzogen von Heuchelei und Dummheit.

#### Heuchelei und Dummheit

Nebenzia kritisierte scharf, dass die westlichen Länder eine einseitige Lösung des Konflikts anstreben, ohne Moskau einzubeziehen. Seine Partner bei den Vereinten Nationen teilten diese Ansicht und sähen es als äußerst problematisch an, dass versucht werde, Russland bei der bevorstehenden Konferenz ein Ultimatum zu stellen.

#### Friedensgespräche ohne Russland: Ein Weg ins Nichts

Nebenzia stellte klar, dass Friedensgespräche über die Ukraine ohne Russland ein Weg

ins Nichts seien. Es sei unmöglich, den Konflikt ohne die Teilnahme Moskaus zu lösen. Dies unterstreicht die Wichtigkeit, dass beide Kriegsparteien an den Verhandlungen beteiligt sein müssen, um eine echte Chance auf Frieden zu haben.

#### Eine reine NATO-Show?

Die Tatsache, dass Russland nicht zur Konferenz eingeladen wurde, wirft die Frage auf, ob es sich bei der Veranstaltung um eine reine NATO-Show handelt. Es scheint, als ob die Konferenz nur dazu dient, Russland ein Ultimatum zu stellen, anstatt echte Friedensgespräche zu führen. Dies könnte darauf abzielen, den Druck auf Russland zu erhöhen und die westliche Dominanz in der geopolitischen Landschaft zu sichern.

#### Fazit

Die bevorstehende Konferenz zur Ukraine in der Schweiz wird kritisch beäugt. Ohne die Beteiligung beider Kriegsparteien bleibt der Erfolg fraglich. Es bleibt abzuwarten, ob die internationale Gemeinschaft einen Weg finden wird, der alle relevanten Akteure an den Verhandlungstisch bringt, um einen echten und nachhaltigen Frieden zu erreichen. Die aktuelle Strategie, Russland einseitig ein Ultimatum zu stellen, könnte letztlich mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen. Eine Lösung des Konflikts kann nur erreicht werden, wenn alle betroffenen Parteien gleichberechtigt einbezogen werden.

**Link:** <https://uncutnews.ch/friedenskonferenz-ohne-russland-vertreter-bei-den-vereinten-nationen-enthuellt-worum-es-wirklich-geht/>  
14.06.2024

## SENIORA.ORG:

Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist für Friedensverhandlungen, sowohl in Europa als auch in den USA

(Red.) Der intensiven Kriegstreiberei der Politiker und der großen Medien zum Trotz: Die zivilen Bevölkerungen – auch die der NATO-Länder! – möchten keinen dritten Weltkrieg und sprechen sich mehrheitlich nicht für Waffenlieferungen, sondern für Verhandlungen aus. Jens Berger von den – immer sehr lebenswerten – deutschen NachDenkSeiten zeigt die wichtigsten Erkenntnisse einer neuen Studie auf. (cm) Während die überwältigende Mehrheit in Politik und Medien den Krieg in der Ukraine bis zu einem Sieg – wie auch immer der aussehen soll – der Ukraine weiterführen will, bevorzugt eine ebenso überwältigende Mehrheit der Menschen eine Verhandlungslösung, um das Blutbad zu stoppen und den Konflikt nicht zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren zu lassen. Dies gilt sowohl für Deutschland, Großbritannien und Frankreich als auch für die USA – also die größten Unterstützer der Ukraine im Krieg. Dies ist eines der Ergebnisse einer aktuellen Studie des Institute for Global Affairs, einem Think Tank der Eurasia Group, einem reputablen amerikanischen Beratungsunternehmen, das auf die Analyse geopolitischer Risiken spezialisiert ist.

Die Völker wollen Frieden. Der politisch-mediale Komplex will Krieg.  
Weiterlesen: <https://globalbridge.ch/eine-ueberwaeltigende-mehrheit-der-bevoelkerung-ist-fuer-friedensverhandlungen-sowohl-in-europa-als-auch-in-den-usa/>  
Mit freundlicher Genehmigung von Globalbridge.ch

14. Juni 2024 Von: Jens Berger NDS - übernommen von [globalbridge.ch](https://globalbridge.ch) 15. Juni 2024

Vorsitzender: Joachim Bonatz  
Postanschrift: ISOR e. V.  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.  
V.i.S.d.P: Lothar Schlüter  
Redaktion: Lothar Schlüter  
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga, LibelleDeko  
Herstellung: Druckerei Gottschalk  
Internet: [www.isor-sozialverein.de](http://www.isor-sozialverein.de)

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

## Impressum

Redaktionsschluss: 26.06.2024

Print- und Internetausgabe:

02.07.2024

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 24.07.2024

Geschäftsführerin: Anja Mewes

Di: 9-16 Uhr

Mi: nach telef. Vereinbarung

Tel.: 030 297843-16

Fax: 030 297843-20

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott

Di/ Do: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-15

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister:

Hans-Peter Speck

Di: 8-15 Uhr

Tel.: 030 29 78 43-17

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Finanzen: Sonja Franz,

Mo-Do: 8-15 Uhr

Tel.: 030 29 78 43-19

E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung:

Bernd Hartmann

Home-Office

Di: 13-17 Uhr und Mi: 8-16 Uhr

Tel.: 03338-750 76 92

E-Mail: isor-stat@t-online.de

Unsere Bankverbindung:

Berliner Sparkasse

IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBXXX